

Hallo liebe GRÜNE Unterstützer*innen,

untenstehend habe ich, Stephan Kannwischer, den von mir am 16.12.20 persönlich eingebrachten Antragstext in der Form dargestellt, wie er auch beschlossen wurde. Dieser kann nun auf dieser Grundlage wie vorgesehen in die Parteigremien kommuniziert sowie informativ in den KV-Newsletter aufgenommen werden. Es ist ein **kleiner Aufschlag für die programmatische Weiterentwicklung der GRÜNEN auf Kreis-, Landes- und Bundesebene**, der bei ernsthaftem Umsetzungswillen auch positiv bis auf die GRÜNE Ortsebene wirken wird.

=====

Liebe GRÜNE Mitglieder und Teilnehmer*innen der Wahlkreisversammlung für den Wahlkreis 173,

heute wird der/die Direktkandidat/in (& Stellvertreter*in) für den Bundestags-Wahlkreis 173 (Gießen/Vogelsberg) gewählt. Damit wird ein kleines Stück innerparteiliche Normalität gelebt und die demokratische Grundlage unseres Gemeinwesens konstruktiv gestärkt. Die **fatale Auseinandersetzung um den Neubau der BAB 49 in den beiden letzten Planungsabschnitten**, hat andere wichtige Teilsegmente der Verkehrs- und Klimaschutzpolitik zeitweise in den Hintergrund treten lassen. Die **Fortführung der konstruktiv-gestaltenden politischen Arbeit** ist trotz großer **"GRÜNER Seelen- und Herzschmerzen"** durch den geplanten Autobahnbau **ein Muss** für alle, die an einer wirksamen Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft ein essentielles Interesse haben.

Es wäre der aktuellen politischen Situation aber völlig unangemessen, sofort einfach wieder zur Tagesordnung überzugehen. Auch auf die Gefahr hin, dass manche der nachfolgenden Themen bereits schon Beratungs- und/oder Beschlussgegenstand versch. politischer und/oder verwaltungsmäßiger Handlungsebenen sind oder waren, möchte ich **nachfolgenden Antrag an die Wahlkreisversammlung** stellen. Der Beschluss soll die nachfolgenden **verkehrs- und klimapolitischen Ziele inhaltlich bekräftigen** und politisch auf Landes- und Bundesebene befördern. Die Beschlüsse sollen, so sie denn gefasst werden, umgehend an die Landes- und Bundesgremien der Partei Bündnis 90/Die GRÜNEN weiterkommuniziert werden:

1. Auflage eines "Aktionsprogrammes zu Verkehrswende & Klimaschutz in Hessen" und auf Bundesebene. Hierfür sollen konkrete Einzelprojekte integriert in einem Maßnahmenbündel mit Verbundwirkung in Landesverantwortung und darüber hinaus angestoßen und umgesetzt werden. Dadurch können inhaltlich sinnvolle Investitionen in zeitgemäße und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur initiiert werden.

2. Änderung des "Hessischen ÖPNV-Gesetzes" mit dem Ziel der rechtlichen und administrativen Anpassung an die naturwissenschaftlichen, juristischen und politischen Herausforderungen der Zeit unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrswende und des Klimawandels.

3. Förderung der Verkehrswende auf Bundesebene und Bekräftigung diesbezüglicher programmatischer GRÜNER Positionen im Bundestagswahlkampf 2021. Es ist auf die tatsächlich gleichberechtigte friedliche Koexistenz der Verkehrsträger auch durch den beschleunigten Abbau von Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern und den Abbau von klimaschädlichen staatlichen Subventionen und Programmen im Verkehrs- und Forschungsbereich hinzuwirken. Ziel dieser Initiative soll nicht die "Verteufelung", sondern auch die **klimagerechte Anpassung des motorisierten Individualverkehrs (MIV)** sein. Für eine Änderung muss anerkannt werden, daß dieser derzeit und auf absehbare Zeit das Rückgrat des privaten Verkehrs darstellt. Den Unterzeichnenden ist bewusst, dass eine über 70-jährige, fast einseitig auf den MIV ausgerichtete Verkehrs- und Baupolitik nicht binnen eines oder weniger Jahre umgekehrt werden kann.

Dennoch sollte der Konflikt um den Ausbau der BAB 49 zum Anlass genommen werden, den Prozess der **klimapolitisch notwendigen Verkehrswende massiv nach vorne zu bringen**. Dies beinhaltet auch die **inhaltliche und finanzielle Überprüfung sämtlicher weiterer geplanter großer Verkehrs- und Infrastrukturprojekte im Bundesverkehrswegeplan** (z.B. B 49-OU Reiskirchen) auf ihre **Zukunftsfähigkeit und verkehrliche Nachhaltigkeit**.

[Der folgende **Antragsteil unter Punkt 4** wurde meinerseits auf Ersuchen von Klaus-Dieter Grothe (Gießen) **von der aktuellen Beschlussfassung am 16.12.20 zurückgezogen**.

Begründung: Die Komplexität der Thematik erfordere eine tiefere inhaltliche Auseinandersetzung, als dieser Antragsteil dies so würdigen kann. Zur Güte wurde unter Einbindung von Alexander Wright (Gießen) vereinbart, im Rahmen des Bundestags-Wahlkampfes 2021 eine größere Veranstaltung mit politischen und vor allem wissenschaftlichen Experten hierzu durchzuführen. Dies wurde von der Versammlung einstimmig so akzeptiert und angenommen.]

4. Die Förderung alternativer Antriebstechniken ist zu forcieren: Das forschungspolitische Voranbringen der Wasserstofftechnologie und die Herstellung von kohlenstoffbasierten Synthesekraftstoffen aus Kohlendioxid (CO₂) und Wasser (H₂O) mittels **erneuerbarer Energien** muss **beschleunigt** werden. Dies besonders in Anlehnung an Projektgedanken im Sinne kriegspräventiver dezentraler Energiewirtschaft in Bürger*innenhand, was ein zentrales Anliegen GRÜNER Politik ist. Die alleinige Fixierung auf die E-Mobilität ist keine klima- und ressourcenpolitisch sinnvolle Handlungsweise und muss deshalb im vorgenannten Sinne erweitert werden. Im Rahmen der Energieerzeugung für Verkehrszwecke ist dem dezentralen und bürgernahen Ausbau der Erzeugung erneuerbarer Energien jedoch eindeutig der Vorzug vor industriellen Großprojekten zu geben.

=====

5. Die Stärkung von spurgebundenen Schienenverkehrswegen ist als Rückgrat des ÖPNV in Hessen und anderswo zu forcieren. Ziel ist die Wieder-Erschließung bisher infrastrukturell und regionalpolitisch vernachlässigter ländlicher Räume durch ambitionierte Weiterentwicklung auf Grundlage, des 2014 begonnenen und im Auftrag des Landes Hessen entwickelten Reaktivierungskatalogs von stillgelegten Schienenverkehrswegen in Hessen (HessenMobil, 2014). Hierzu gehört zwingend die **Schaffung einer landeseigenen Schieneninfrastruktur-Sicherungs- und Entwicklungsgesellschaft** mit weitreichenden administrativen Kompetenzen auf Landesebene. Eine Verankerung dieser Thematik in dem zu ändernden "Hessischen ÖPNV-Gesetz" wäre zielführend (s. Punkt 2).

6. Die Schließung des defizitären Regional-Flughafens Kassel-Calden ist zu betreiben, solange er in direkter oder auch indirekter Verantwortung der öffentlichen Hand betrieben und/oder finanziert wird. Die Nutzung der freiwerdenden Finanzmittel soll alternativen und innovativen Verkehrsprojekten und Forschungsvorhaben vorbehalten sein.

7. Der ÖPNV muß durch landes- und bundesweite Anstrengungen attraktiver gemacht werden. Ziel soll ein "Wohlfühlambiente mit Nutzungschic" für öffentliche Verkehrsmittel (sog. "Öffis") werden - weg vom landläufig gedanklichen und teilweise tatsächlichen "Schmuddelimage". Dies soll aber nicht nur durch Bewerbung, sondern vor allem durch **Investitionen in Sicherheit, Sauberkeit, Bedienungsqualität und Nutzungskomfort flächendeckend** erreicht werden.

8. Die Anpassung des verkehrsrechtlichen Sanktionskataloges an die Herausforderungen der Zeit und die Belohnung klima- und sicherheitsfördernden Verhaltens soll ebenfalls durch geeignete juristische, programmatische & finanzielle Maßnahmenvorschläge inhaltlich vorangebracht und umgesetzt werden. Die Sicherheit auf weiter

auszubauenden Rad- und Fußwegen als umweltfreundlichsten Varianten der Mobilität, sollte besonders im Fokus der Betrachtung liegen.

9. Durch gesetzliche Rahmenhandlungen und finanzielle Landesunterstützung sollen die planungs- und ordnungsrechtlichen Voraussetzungen für die generelle ÖPNV-Freundlichkeit und der Vorrang des ÖPNV bei allen öffentlichen Planungen im Bau- und Infrastrukturbereich geschaffen werden (s. auch Punkt 2 zur Änderung des "Hessischen ÖPNV-Gesetzes").

10. Die Einbringung des angenommenen Antrages und seiner vorgenannten Inhalte soll in geeigneter Weise anl. der hessischen Landesmitgliederversammlung im Januar 2021 durchgeführt werden.

Mit konstruktiven GRÜNEN Grüßen verbleibt, *Stephan Kannwischer*

Antrags-Mitunterzeichnende:

Stephan Kannwischer (Hungen-Inheiden)
Gerhard Born (Lollar)
Petra Schubert (Lollar)
Jens Ruppel (Lollar)
Gerhard Keller (Gießen)
Wolfgang Haußmann (Lollar-Odenhausen)
Ilse Staudte (Staufenberg)
Dr. Burkhard Staudte (Staufenberg)
Dr. Rolf Tobisch (Reiskirchen-Lindenstruth)
Susanne Gerschlauser (Staufenberg-Daubringen)
Karl-Heinz Till (Rabenau-Odenhausen)
Elisabeth Weißler Mahlke (Hungen)
Dr. Gerhard Weißler (Hungen)
Heidelore Alt (Lollar-Salzböden)
Wilhelm Zoll (Grünberg-Queckborn)
Dr. Christof Schütz (Linden-Leihgestern)
Hans-Dieter Stübenrath (Grünberg-Lehnheim)
Anja Stübenrath (Grünberg-Lehnheim)
Katrin von der Decken (Linden-Leihgestern)
Robert Ibe-Kreuzinger (Linden-Leihgestern)
Dr. Barbara Ibe (Linden-Leihgestern)
Maren Reinecke (Linden-Großen-Linden)
Renz Bernd Hornischer (Reiskirchen-Ettingshausen)
Hans-Georg Teubner-Damster (Laubach-Gonterskirchen)